

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist 21. 11. 2022 , 15 Uhr

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2023 , den
Eigenbetrieben und zur mittelfristigen Finanzplanung
2022 bis 2026

Kreistag am 21. November 2022

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Finanz-
Dezernent Hinck,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags
meine Damen und Herren

ich habe als Kreisrat schon viele krisenhafte Situationen
erlebt.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, Wahlkreis 8, Schönaich
2. Stellvertreter: Walter Arnold, Wahlkreis 2, Sindelfingen
3. BM Thomas Riesch, Wahlkreis 9, Gärtringen

Kontaktdaten:

CDU Kreistagsfraktion, Email: info@cdu-fraktion-bb.de

Schatzmeister:

Dieter Haarer, Wahlkreis 4, Herrenberg

Schriftführer:

BM Thilo Schreiber, Wahlkreis 5, Weil der Stadt

Pressesprecher:

BM Daniel Töpfer, Wahlkreis 5, Weissach

In den 1990 Jahren die Wirtschaftskrise die uns in der Region ca. 300 000 Arbeitsplätze vor allem in der Metall Industrie gekostet hat.

2008 die Finanzkrise

und 2015 / 2016 die Flüchtlingskrise mit all ihren Folgen die bis heute nachwirken.

Und dann kam die bis heute anhaltende Corona-Pandemie. Vielen Menschen im Landkreis und darüber hinaus hat sie viel Leid und Schmerzen bereitet und viele Herausforderungen galt es zu meistern, was uns gelungen ist.

Als ob das alles nicht genug wäre, hat Putin einen Krieg gegen die Ukraine begonnen mit allen sich daraus ergebenden menschlichen Tragödien und geopolitischen Gefahren.

Energiekrise, Inflation, Baupreissteigerungen. Lieferkettenprobleme und vieles mehr belasten die Volkswirtschaften und die Menschen.

Die größte Herausforderung weltweit ist aber nach wie vor unbestritten die Klimakrise, die wir nur als Staatengemeinschaft gemeinsam meistern können. Wir

werden im Landkreis Böblingen unseren Teil dazu beitragen.

Der Krieg in der Ukraine mit dem ausgelösten Flüchtlingsstrom verlangt Solidarität und finanzielle Unterstützung! Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist groß.

Jetzt kommen aber zusätzlich immer mehr Flüchtlinge über die Balkanroute und über das Mittelmeer nach Europa. **Bevorzugtes Ziel ist Deutschland. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte ist stark angewachsen.**

Alle verantwortlichen in der Politik müssen wissen, dass unsere Kapazitäten und unsere finanziellen Möglichkeiten erschöpft sind.

Die Belastungsgrenze für die Kommunen ist überschritten.

In einem dramatischen Appell wenden sich die kommunalen Spitzenverbände an Bund und Land, die entstehenden Kosten ganz zu übernehmen.

Und was ich auch deutlich sagen möchte: Der von der Bundesregierung ohne Not vorgenommene Rechtskreiswechsel ist falsch und nicht solidarisch.

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den Ländern ein Entlastungspaket für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen.

Mit ca. 200 Mia € an Krediten soll die Gaspreisbremse, die Strompreisbremse, das 49 €-Ticket und die Kosten für die Flüchtlinge finanziert werden.

Dieses Paket ist für die Bürgerinnen und Bürger gut.

Hoffentlich werden alle Bremsen rechtzeitig gelöst, dass das Geld auch rechtzeitig bei den Menschen ankommt.

Aber, so wird aus dem Entlastungspakt für die Bürgerinnen und Bürger ein Belastungspaket für die Kommunen.

Das sagen auch die kommunalen Spitzenverbände.

Das Land nimmt zusätzlich 1.0 Mia € Kredite auf, um die sog. Winterlücke zu schließen.

Diese großen Volumina an Krediten auch noch aus der Corona Zeit, müssen alle einmal zurück bezahlt werden. Der zwischenzeitlich gestiegene Zins belastet die Haushalte der öffentlichen Hand und führt zwangsläufig dazu, dass die finanziellen Spielräume kleiner werden.

Dabei bräuchten wir ohne Zweifel mehr Geld für die Maßnahmen zur Abmilderung der Klimakrise und für die Verkehrswende.

Und jetzt steht uns auch noch eine Rezession ins Haus!

Sehr geehrter Herr Landrat,

in dieser Lage mussten sie mit ihrem Finanzdezernenten einen Haushalt einbringen. Das war keine leichte Aufgabe.

Diese Rahmenbedingungen hat sich niemand von uns ausgesucht.

Dieser Haushalt hat es in sich und er ist für den Kreistag eine gewaltige Herausforderung.

In unserer Fraktion wurde lange und intensiv darüber diskutiert, ob wir dem Haushalt überhaupt so zustimmen können.

Der Haushalt ist gespickt mit erkennbaren Risiken, die sich auf **mindestens 20 Mio € im Kernhaushalt belaufen.** (Personalkosten 3.0 Mio, Soziales 5.0 Mio, Kliniken 5.0 Mio, Grunderwerbsteuer 7.0 Mio)

Hinzu kommen nicht finanzierte und zu erwartende Mehrkosten beim Flugfeldklinikum.

Der EB Gebäude weist in 2026 ein Defizit von insgesamt 35.8 Mio € aus.

Die CDU-Fraktion macht sich **große Sorgen wegen des dramatischen Anstiegs des Defizits in unseren Kliniken.**

Der Planansatz im Haushalt 2023 wird **nicht ausreichen**, um das Defizit aus 2022 abzudecken.

Aber der wahrscheinliche starke Anstieg des Defizits ab 2023 hat uns noch mehr geschockt.

Positiv ist, dass bereits eine Potenzialanalyse in Auftrag gegeben ist. Wir erwarten, dass die notwendigen Maßnahmen unverzüglich beraten und eingeleitet werden, sobald das Ergebnis dieser Analyse vorliegt.

Das aus dem Jahr 2014 stammende Medizinkonzept muss fortgeschrieben werden. Die Rahmenbedingungen haben sich teilweise radikal verändert.

Ebenso klar ist auch, dass wir klare und schlanke Strukturen brauchen. **Die Standorte in Herrenberg und Leonberg sind für uns gesetzt.**

Was wird uns die von Minister Lauterbach angekündigte **Ambulantisierung** bringen? Es gibt Chancen und Risiken!

Die Wegnahme des Rettungshubschraubers Christoph 41 vom Krankenhaus Leonberg ist falsch. Der Standort Leonberg wird geschwächt. Die Kommunikation der Vertreter der Landesregierung und der sie tragenden Parteien ist nicht akzeptabel.

Bei den von mir aufgezeigten Risiken in unserem Haushalt ist im Jahr 2023 mit einem erheblichen Fehlbetrag zu rechnen.

Natürlich hoffen wir auf Mehreinnahmen aus der Steuerschätzung. Aber diese Mehreinnahmen benötigen wir dringend für unsere Mehrausgaben der Bauunterhaltung und den Betrieb unserer Einrichtungen.

Am Ende ihrer Haushalts-Rede sagen sie Herr Landrat:
„Der Nebel steigt, es fällt das Laub. Das Zahlenwerk ist wetterfest.“

Diese Einschätzung teilen wir nicht! Das Zahlenwerk ist eben nicht wetterfest.

Für uns ist es **unverständlich Herr Landrat**, dass sie angesichts der von mir beschriebenen **Ausgangslage**

nicht bereit sind, im Investitionshaushalt und im Ergebnishaushalt Prioritäten zu setzen.

Das Flugfeldklinikum ist unser wichtigstes Projekt. Insgesamt investieren mehr als 800 Mio € nach heutigem Stand in unsere Kliniken. Bei diesen Volumina und einer Kreditaufnahme von ca. 300 Mio € müssen andere Maßnahmen zwangsläufig zurückstehen.

Eine verantwortliche Finanzpolitik verlangt jetzt Schwerpunkte zu setzen.

Jetzt müssen wir unsere finanziellen Kräfte bündeln.

Ziel der Haushaltswirtschaft bleibt die finanzielle Sicherung der stetigen Erfüllung der Kreisaufgaben.

Werden wir dieser Verpflichtung aus der Landkreisordnung mittelfristig gerecht?

Wir beantragen deshalb erneut, dass sie **Vorschläge zur Priorisierung in der mittelfristigen Finanzplanung machen. Es ist durchaus machbar , zur Verbesserung unserer Liquidität, Investitionen zu schieben.**

Wir müssen in der Lage sein, in den nächsten Jahren Risiken aufzufangen und zu finanzieren.

Wir erwarten dieses Mal, dass unser Antrag auch bearbeitet und nicht wie zuletzt das ganze Jahr liegen bleibt.

Eine weitere Anhebung der Kreisumlage auf 34 oder 35 % Punkte kommt nicht infrage. Das verkraften die kommunalen Haushalte nicht.

Um die bestehenden Risiken im Haushalt teilweise aufzufangen stellen wir folgende Anträge.

- 1. Im Wirtschaftsplan des EB Gebäudemanagement ist bei HH Stelle 7821 – Grunderwerb- der Planansatz von 5.0 Mio € zu streichen.**
- 2. Im Kernhaushalt ist bei HHStelle 4455 – Finanzbudget Seite 430 der Zuschuss an den EB um 5.0 Mio € zu kürzen**

3. Im dauerdefizitären EB Gebäudemanagement ist im Finanzplan eine globale Minderausgabe in Höhe **von 3.0 Mio €** auf der Ausgabenseite zu veranschlagen **(negative Veranschlagung)**

Diese Anträge verbessern den Ergebnishaushalt auch in seiner Liquiditätsrechnung und gleiches gilt auch für den EB.

Weiter beantragen wir, **dass das Grundstück beim Krankenhaus Böblingen in 2024 zügig zum bestmöglichen Preis verkauft wird.**
Damit können die Mehrkosten beim Flugfeldklinikum in Teilen finanziert werden.
Erster Kaufinteressent ist für uns die Stadt Böblingen.

Die Landkreisverwaltung plant im Jahr 2023 einen Stellenzuwachs von **43 neuen Vollzeitstellen, davon 25 Stellen im Sozialbereich.**

Die neuen Stellen im Sozialbereich sind für uns gesetzt, das sage ich sehr deutlich.

Für alle anderen Stellen gilt, dass **eine Besetzung nur dann erfolgen darf, wenn durch Fluktuation Stellen frei werden. Ich verweise auf unseren detaillierten Antrag.**

Wir unterstützen im Grundsatz den Bau **von Radwegen** und den Bau **von Radschnellwegen.**

Wir beantragen einen Bericht über den Stand der Planungen und des Grunderwerbs und möchten wissen, wie die zeitliche Umsetzung der geplanten Radwege aussieht?

Ausgaben, die in 2022 eingeplant sind, müssen nach 2023 übertragen werden, weil mit den Maßnahmen nicht begonnen werden konnte.

Sind die Trassen mit den Kommunen abgestimmt?

Wir freuen uns über die Einführung des sogenannten **„Deutschland Tickets“**

Wie **Verkehrsminister Hermann** müssen wir erkennen, dass die Finanzierung **nicht als gesichert angesehen werden kann.**

Das 49 € Ticket muss auf Dauer finanziert sein.

Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel für die Länder zum Ausbau des ÖPNV **ist nicht ausreichend.**

Hier muss der Bund mehr Geld bereitstellen sonst geht die Verkehrswende schief.

Welche Konsequenzen hat dieses Ticket für die Tarifautonomie des VVS und der Kreise? Welche finanziellen Belastungen kommen auf uns zu?

Wie soll der ländliche Raum attraktiv bedient werden?

Schlussbemerkung

Wir leben in unsicheren Zeiten.

Die Inflation, verbunden mit den vielen Krisen, lastet auf der Bevölkerung.

Vieles spiegelt sich schon jetzt **im Sozialhaushalt** wieder.

Wir wissen nicht , was uns die Gesetze des Bundes an zusätzlichen Belastungen noch auferlegen werden.(das Bürgergeld und die Wohngeldreform sowie die Steuerentlastungen)

Der Zustrom vieler Flüchtlinge wird die Kommunen mehr als belasten.

Das gilt nicht nur für die Unterbringung und deren Finanzierung sondern auch die **Versorgung der Kinder in den Tagesstätten und Schulen.**

Vor diesem Hintergrund gilt es unsere finanziellen Kräfte zu bündeln, damit wir gut aus dem Krisenmodus heraus kommen.

Mit unseren Anträgen wollen wir einen konstruktiven Beitrag leisten, damit wir einen ordentlichen Haushalt im Dezember beschließen können.

Wir wollen das Beste für unseren Landkreis mit seinen Kommunen.

Wir gehen mutig und mit Zuversicht in eine ungewisse Zukunft.

Helmut J. Noë